

Antrag 34/I/2026
KDV Tempelhof-Schöneberg + AfA Berlin
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)

Mieterhöhungen stoppen und damit Arbeitnehmer*innen entlasten

1 Berlin ist eine Mieter*innen- und Arbeitnehmer*innen-
2 stadt. Um die Stadt für Mieter*innen und damit für Arbeit-
3 nehmer*innen bezahlbar zu erhalten, fordert der Landes-
4 parteitag einen Mietenstopp in Berlin. Die Mitglieder der
5 SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat
6 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Berlin
7 alle rechtlichen Mittel, z.B. Bundesratsinitiativen, ergreift,
8 um dieses Ziel zu erreichen! Dabei müssen insbesondere
9 die Vorschriften des BGB in den §§ 549 ff so angepasst
10 werden, dass Mieterhöhungen nur noch bei Maßnahmen
11 zulässig sind, die den Gebrauchswert der Mietsache nach-
12 weislich nachhaltig erhöhen:

13 1.) Neuvermietungen begründen keinen Anspruch auf
14 Mieterhöhungen.

15 2.) Staffelmietverträge und Verträge mit Indexmieten sol-
16 len zukünftig nicht mehr erlaubt sein.

17 3.) Mieter*innen mit Zeitmietverträgen müssen den vollen
18 Mieterschutz genießen.

19 4.) Untervermietungen dürfen für eine Wohnung die Ge-
20 samtsumme der Miete der Wohnung nicht überschreiten.

21 5.) Für die Vermietung von möblierten Wohnungen darf
22 der Zuschlag nicht mehr als 5 Prozent der monatlichen
23 Nettokaltmiete betragen.

24 Für die Überprüfung der Mietpreise sind dauerhafte Miet-
25 preisstellen mit festem Personal in den Berliner Bezirks-
26 ämtern oder auf Landesebene einzurichten. Die entspre-
27 chenden Haushaltsmittel sind im Landeshaushalt einzu-
28 planen.

29

30 **Begründung**

31 Die Mietpreise in Berlin sind in den letzten Jahren stark ge-
32 stiegen, dass es für viele Menschen, insbesondere für Ar-
33 beitnehmer*innen und einkommensschwache Haushal-
34 te, nahezu unmöglich ist, eine neue bezahlbare Wohnung
35 zu finden. Auch die Bestandsmieten steigen überpropor-
36 tional. Hier muss die SPD im Sinne der Mieter*innen und
37 Arbeitnehmer*innen handeln.

38

39 Laut Wohnraumbedarfsbericht 2025 der Senatsverwal-
40 tung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen lag die
41 mittlere Angebotsmiete in Berlin 2023 bei 13,99 Euro pro
42 Quadratmeter – im Vergleich zu 2022 ist das eine Steige-
43 rung von über 20 Prozent. Dies führt dazu, dass viele Ar-
44 beitsnehmer*innenhaushalte bereits fast 30 Prozent ih-
45 res Einkommens nur für Miete ausgeben müssen. Tendenz
46 steigend. Menschen mit geringem Einkommen sind noch
47 härter betroffen. Für sie gibt es kaum noch Wohnungen
48 auf dem Wohnungsmarkt, die sie sich leisten können.

49

50 Mit einem Mietenstopp und der Änderung der Mietvor-
51 schriften würde der ungezügelter Mietpreisspirale ein
52 „Stoppschild“ entgegengestellt werden.